

DIE LINKE.

im Erzgebirgskreis

SOZIALISTISCHES INFO-BLATT

NOVEMBER 2022

Nummer 176

Ein sächsisches Entlastungspaket ist dringend geboten, denn das 3. Bundespaket ist eine Mogelpackung



Was bedeutet eigentlich Entlastung? Entlastung bedeutet „von einer Last befreien“. Entlastung bedeutet nicht, wir lassen den Großteil der Leute mit ihrer Last allein und packen bei den Wohlhabenden noch ein bisschen was oben drauf, genau das ist aber mit dem 3. Entlastungspaket der Koalition in Berlin geplant. Das 3. Entlastungspaket ist viel zu kurz gegriffen. Kurz gesagt: Die Verpackung ist nett, der Inhalt aber ist Mist. In Wahrheit ist das kein Entlastungspaket für die Bevölkerung, sondern es soll die Regierung vom Eindruck entlasten, dass sie nicht handelt. Es ist nicht sozial gerecht, was sich die Spitzen der Koalition da ausgedacht haben. Es ist der Lebensrealität der Menschen nicht angemessen. Der Menschen hier im Osten erst recht nicht. Studien sagen, dass der Großteil der Bevölkerung immer noch solidarisch mit der Ukraine ist. Das darf eine Regierung nicht aufs Spiel setzen. Aus meiner Sicht macht sie das aber. Es wäre klug, diese Solidarität der Menschen nicht aufs Spiel zu setzen, sondern diese Solidarität hochzuhalten und wieder für bezahlbare Energiepreise zu sorgen. Also ein Entlastungspaket zu

schnüren, welches tatsächlich eines ist! Deswegen wäre zu aller erst ein Energiepreisdeckel überfällig! Der nicht erst im März oder April 2023 wirkt, sondern jetzt wo gerade die Heizperiode begonnen hat. Der Preis für ein angemessenes Grundkontingent an Strom und Gas muss sich mindestens für die ärmeren Haushalte an das Vorkrisenniveau orientieren. Den kommunalen und privaten Versorgern muss der Staat die so entstehenden Einnahmeverluste erstatten, aber anhand der realen Kosten und nicht der Spekulationen an der Börse.

Wir wissen zum jetzigen Zeitpunkt immer noch nicht, ob und wann Sachsen wie andere Bundesländer auch eigenes Geld in die Hand nimmt, um die horrenden Energiepreise abzufedern, wenigstens mit einem Härtefallfonds. Die Koalition in Dresden streitet und schielt nach Berlin, unseren Antrag im Sächsischen Landtag hat sie abgelehnt. Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat dazu einen Antrag gestellt, wie in der CORONA Pandemie ein Sondervermögen in Höhe von 3 Milliarden Euro einzurichten. Zur Erinnerung: Zu Beginn der Pandemie wurde ein sächsisches Sondervermögen von 6 Milliarden geschaffen.

Wir bleiben bei unserer Forderung nach einem Energie-Härtefallfonds Sachsen. Daraus soll der Freistaat Privathaushalte unterstützen, die ihre Gas-, Strom- und Nebenkosten nicht mehr begleichen können oder die von den bisherigen Entlastungspaketen gar nicht profitieren. Außerdem muss unbedingt ein ständiger, landesweiter Runder Tisch Energiearmut einberufen werden. Auch Beratungsangebote für Energiesparen, Energieoptimierung und Wärmeeffizienz müssen weiter ausgebaut werden.

Sachsen sollte ferner einen Schutzschirm über kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorger, Verkehrsunternehmen, Krankenhäuser, Pflege- und andere kommunale Einrichtungen aufspannen. Und grundsätzlich muss die Staatsregierung zudem in Berlin Druck machen, damit die Gasumlage abgeschafft und die Strom- und Gaspreise zugunsten privater Haushalte begrenzt werden. Die Übergewinne aller Krisenprofiteure müssen konsequent abgeschöpft werden. Anders wird es nicht gehen! Wir finden: es reicht, denn das Leben muss bezahlbar sein.

Von Rico Gebhardt

Bericht aus dem Kreisvorstand

Am 26.10.22 tagte der Kreisvorstand endlich wieder in Präsenz.

Unser Kreisvorsitzender musste seine Videozuschaltung absagen, irgendwie lag in seinem Urlaubsort nicht genügend Empfang an.

Aber er positionierte sich schriftlich u.a. zu unserer Diskussionsrunde während unserer Gesamtmitgliederversammlung. Wir werden dies jetzt immer so vorbereiten.

Unsere Geschäftsführerin; Andrea Schrotek, leitete die Beratung und informierte zu weiteren Aktivitäten im Rahmen des „Heißen Herbstes“ gemeinsam mit Mitgliedern der Bundestagsfraktion.

Dem breiten Bündnis, welches erreichen will, dass der 08.März ein Feiertag wird, gehören wir LINKEN an. Wir verständigten uns zu entsprechenden Aufgaben, sprich Sammlung von Unterschriften. Auftakt wird der 25.11. sein, der Internationale Aktionstag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen.

Erstmals nahm der Vertreter unserer Basisgruppe Jugend im Kreisverband an der Vorstandssitzung teil.

Ohne organisatorische Arbeit geht es nicht, so haben wir uns mit dem Arbeitsplan für 2023 beschäftigt. Insbesondere für Wandern mit Links, der Sommertour und den Regionalberatungen in Vorbereitung der Wahlen 2024 werden noch Vorschläge benötigt.

Bis Ende Oktober 2022 musste der beschlossene Finanzplan 2023 bei der Landesschatzmeisterin vorliegen. Auch diesen Termin konnten wir gewährleisten. Die Details sollten wir in jedem Ortsverband beraten.

Wie immer konnte aus der Arbeit der Arbeitsgruppe Soziales/Asyl berichtet werden; steigende Kosten ist auch hier ein zentrales Thema.

Barbara Drechsel

Neues vom Landessprecherrat der LAG Seniorinnen und Senioren

Am 24. Oktober, also vier Wochen nach der Wahl des Sprecherrates, trafen sich die Mitglieder zu einer ersten Beratung in Dresden. Zuerst schätzten wir den Ablauf der SeniorInnenkonferenz vom September ein. Besonders gut fanden wir die beiden Vorträge zur Digitalisierung und zur Teilhabe unserer älteren BürgerInnen am digitalen Leben. Auch bei den Teilnehmern kam das gut an. Wir werden also auch zu unseren nächsten SeniorInnenkonferenzen ähnliches planen. Zu Denken gab uns aber die Tatsache, dass nicht alle Kreise Delegierte entsandten. Um das zu ändern, wollen wir per Satzungsänderung erreichen, dass unsere Konferenz als Gesamtmittgliederkonferenz (Ü 60) durchgeführt wird. Im Sprecherrat, so wollen wir das angehen, soll jeder Kreis vertreten sein. Bis Februar wollen wir ein Arbeitsprogramm aufstellen mit dem Schwerpunkt: wie können wir SeniorInnen den Wahlkampf für die Wahlen im Jahr 2024 unterstützen. Wie wollen wir in den Kreisen eine bessere Arbeit leisten und wie können wir mehr ältere Genossinnen und Genossen erreichen.

In einem weiteren Punkt haben wir uns mit dem anstehenden Landesparteitag im November beschäftigt. Eine Genossin vom Landesfinanzbeirat erklärte uns die neuen Finanzkonzepte. Sie gab aber zu, dass es zu Zeit schwer sei, ein neues Finanzkonzept zu erstellen, da es gegenwärtig bei der aktuellen Preis- und Inflationsentwicklung alle Kriterien richtig zu erfassen. Als da sind: steigende Kosten für unsere Geschäftsstellen, geändertes Kilometergeld u.v.m.

Der Vorschlag, einen Parteirat zu bilden, wo der geschäftsführende Parteivorstand, die Fraktionsspitze, die Kreisvorsitzenden und die Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften zusammen wirken, wurde unsererseits positiv beschieden. Wir sehen darin eine Bündelung unserer Kräfte. Etwas mehr Diskussion gab es bei dem von „solid“ auf dem Parteitag eingebrachten Antrag, die LAG : Deutsch – Russische



Vergeßt uns nicht !

Freundschaft aufzulösen. Diese LAG ist den eingeschriebenen Mitgliedern nach die stärkste in unserem Landesverband. Wobei eben viele auch nur auf dem Papier stehen. Ihre Leiterin, Genn. Silbermann aus Chemnitz ist auch in unserem Verständnis eine zweifelhafte Genossin: Widersprüchlich in ihrem Tun und Handeln. So rief sie Anfang Oktober die Mitglieder ihrer Gemeinschaft auf, zu einer Protestdemonstration gegen die Politik der Bundesregierung nach Dresden zu fahren. Das wäre ja auch in Ordnung wenn diese Demonstration nicht von den Freien Sachsen angemeldet worden wäre. Eine Querfront mit Faschisten aller Couleur verbietet sich. Ich weiß nicht, wie viele diesem Aufruf gefolgt sind. Ich hoffe doch sehr wenige. Wir wissen doch alle zu gut aus dem Geschichtsunterricht, dass die rechten Parteien in den Jahren der Weimarer Republik zu gern linke Themen aufnahmen und diese für sich ausschlachteteten. Parallelen finden sich heute. Eine „Querfront“ mit den Feinden der Demokratie darf es nicht geben. Der Landessprecherrat unserer LAG ist der Meinung, eine Auflösung ist verkehrt, denn es trifft auch solche, die ehrlichen Herzens

dabei sind und die Russlands Einwohner nicht mit Putin gleichsetzen, Die Vertreter unserer LAG werden sich der Stimme enthalten. Wir erwarten aber, dass sich der Landesvorstand dieser Thematik annimmt und die Leitung der LAG „Deutsch – Russische Freundschaft“ auf ihre fatalen Fehler hinweist.

Herbert Schönherr
Mitglied des Landessprecherrates der
LAG „Seniorinnen und Senioren“

EIN FRAUENTAG FÜR ALLE!



Warum soll der 8. März ein Feiertag werden?

Der 8. März ist ein Tag gesellschaftlichen Dankes, aber auch der Mahnung, dass eine Gleichberechtigung noch nicht vorhanden ist.

Als gesetzlichen arbeitsfreien Tag möchten wir besonderen Fokus auf die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern legen, aber auch auf die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, die eben oftmals nicht vergütet wird.

Mit einem Feiertag am 8. März knüpfen wir an die feministische Arbeiter*innengeschichte an. An diese gilt es zu erinnern und aus ihr zu lernen. Der 8. März war und ist immer wieder ein Tag internationaler Frauenproteste. Dieser Tag nimmt die viele unsichtbare und meist unbezahlte Arbeit, die Frauen in den meisten Gesellschaften dieser Welt leisten, in den Blick. Er greift die strukturelle

Diskriminierung von Frauen und die patriarchalen Machtverhältnisse an und steht für internationale Solidarität der Frauen gegen Gewalt und Unterdrückung.

Hinweise für die Unterschriftsleistung

- Du musst Einwohner*in in Sachsen und mind. 3 Monate an deinem Hauptwohnsitz gemeldet sein.
- Für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger reicht eine einfache Meldebescheinigung.
- Du musst 18 Jahre alt sein. • Bitte schau, dass du auf einer ortsreinen Liste unterschreibst. Erkundige dich dazu bei den Verantwortlichen.
- Du musst deutlich und lesbar schreiben und alle Angaben ausfüllen.
- Ganz wichtig ist die eigenhändige Unterschrift.

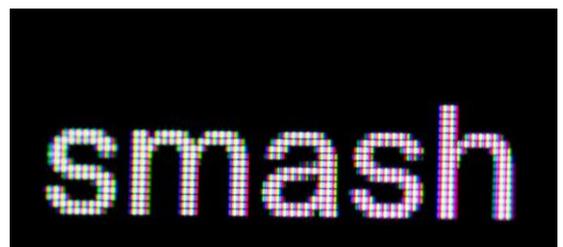
Schau, ob du die Möglichkeit hast, selbst aktiv zu werden und hol dir die entsprechenden Listen!

Weitere Informationen: Auf unserer Homepage findest du ständig Informationen über Veranstaltungen in Sachsen, wo die Unterschriftslisten ausliegen bzw. die Unterschrift geleistet werden kann. Besuche uns auf:

<http://www.volksantrag-sachsen.de>

Jugendsprache

"Smash". Na bitte. Das Jugendwort des Jahres 2022 ist gewählt. Jugendliche konnten bei einer Online-Stimmabgabe des Langenscheidt-Verlages Wörter vorschlagen und über sie abstimmen. Demnach erreichte "smash" in der Endrunde von drei Begriffen 43 Prozent der Stimmen. "Bodenlos" (33%) landete auf dem zweiten Platz, der Begriff "Macher" (24) wurde Dritter.



Was heißt smash auf Jugendsprache?

Eine Angebetete oder ein Schwarm ist "smash". Es kann aber auch bedeuten, mit jemandem Sex zu haben oder haben zu wollen. Oder es passt einfach zwischen zwei Menschen. Dann ist das eben "smash".

Bericht der AG Soziales/AG Asyl – DIE LINKE. Erzgebirge
Berichtszeitraum: November 2021 – Oktober 2022

In unserer AG Soziales/AG Asyl treffen sich Parteimitglieder und Sympathisanten regelmäßig, um sich zu sozialen Themen auszutauschen und aktuelle Informationen zu erhalten. Die Teilnehmer sind vorwiegend ehrenamtlich im sozialen Bereich tätig, engagieren sich als Helfer für Geflüchtete/Vertriebene oder sind als Stadt- und Gemeinderäte mit sozialen Themen konfrontiert. Die AG erhält ebenso Unterstützung von Mitgliedern der Kreistagsfraktion.

Ca. 20 – 25 Interessenten werden zu den Veranstaltungen eingeladen. 10 Personen gehören derzeit zum Teilnehmerstamm, der regelmäßig an Veranstaltungen teilnimmt.

Neue Mitglieder und Interessenten sind immer herzlich willkommen und können sich gern direkt bei uns unter der u. g. E-Mailadresse bei uns melden.

Im Berichtszeitraum hatten sich die Mitglieder beider Arbeitsgruppen darauf verständigt, gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen, soweit dies coronabedingt möglich war.

Folgende Veranstaltungen fanden statt:

05.11.2021

Informationen der Teilnehmer über Inhalt der Veranstaltung „Integration im Erzgebirgskreis“ vom 06.10.2021; Informationen: Neues zum Elterngeld Erfahrungsaustausch, Im Zeitraum Dezember 2021 – Februar 2022 konnten coronabedingt keine Präsenzveranstaltungen stattfinden.

25.03.2022

Informationen zum aktuellen Integrationskonzept des Erzgebirgskreises; Situation in der Ukraine und aktuelle Regelungen für Geflüchtete/Vertriebene; Bericht von Frank Dittrich über die Hilfsaktion des OV Löbnitz; Erfahrungsaustausch

29.04.2022

Teilnahme am digitalen Vernetzungstreffen „Zivilgesellschaftliche Hilfe für Ukraine-Geflüchtete“ und anschließender umfassender Erfahrungsaustausch der AG-Mitglieder über erfolgte Hilfeleistungen

12.05.2022

Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Gesundheit darf keine Ware sein – Menschen vor Profit“ mit der Landtagsabgeordneten Susanne Schaper, Gewerkschafts- und Betriebsratsvertretern sowie unserem Landratskandidaten Holger Zimmer, Moderation: Rico Gebhardt

15.06.2022

Information über den Stand der Zusammenarbeit mit der AG Betrieb und Gewerkschaft DIE LINKE.Chemnitz; Bericht von Gudrun Schumann über ihre Mitwirkung in einem Fernsehbeitrag über Preissteigerungen und deren Auswirkung; Ausführlicher Bericht von Maurice Siebert über sein Studium an der BA Breitenbrunn und seine Sichtweisen zu sozialen Themen

22.07.2022

Information und Diskussion zum Thema „Energiepreiskrise“; Situation Geflüchteter im Erzgebirgskreis – Zahlen und Fakten; Erfahrungsaustausch und Ausblick auf weitere Veranstaltungen

02.09.2022

Vortrag von Maurice Siebert zum Thema: „Kibbuzim - Kollektiverziehung in Israel“ - Diskussionsveranstaltung

28.10.2022

Energiepreiskrise; Situation Geflüchteter im Erzgebirgskreis, Diskussionsrunde zu aktuellen sozialen Themen

Aus ihren Erfahrungen heraus hat die AG Asyl außerdem im Jahr 2021 an die Kreistagsfraktion Hinweise und Vorschläge zum Integrationskonzept übergeben.

Auf Anregung von Torsten Steidten und Andreas Heilsberg wurde außerdem seit Herbst 2021 zwischen der AG Soziales DIE LINKE. Erzgebirge eine rege Zusammenarbeit mit der AG Betrieb & Gewerkschaft DIE LINKE. Chemnitz aufgebaut. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit finden monatlich Beratungen, vornehmlich als Videokonferenz, statt. Es sind mehrere öffentliche Veranstaltungen unter Regie der Chemnitzer AG Betrieb und Gewerkschaft oder unserer AG Soziales vorgesehen bzw. wurden bereits durchgeführt. Dabei geht es insbesondere um Themen der „Transformation in der Automobilindustrie“, „Digitalisierung“, „Pflege“ und Mitwirkung an einer Betriebsrätekonferenz. Auch hier sind Interessenten, insbesondere Parteimitglieder, die sich gewerkschaftlich oder in Betriebs- und Personalräten engagieren, herzlich willkommen.



Wenn Ihr Interesse an einer Mitarbeit habt, meldet Euch bitte unter E-Mail: ag.soziales@dielinke-erzgebirge.de. Wir freuen uns auf Euch.

Annett Börner
Leiterin AG Soziales/AG Asyl
DIE LINKE. Erzgebirge

Fichtelbergplateau

Gegenwärtig ist offensichtlich etwas Ruhe bezüglich des „Wie weiter“ mit dem höchsten Punkt in Sachsen eingezogen. Zumindest ist für die Wintersaison eine Betreuung garantiert.

Wir werden als Kreistagsfraktion einer Privatisierung nicht zustimmen.

Rico Gebhardt meldete sich auch in Abstimmung mit der Kreistagsfraktion mit nachfolgender Pressemitteilung am 22.09.22 zu Wort:

„Das Fichtelberg-Plateau mit dem Fichtelberghaus hat einen enormen kulturellen und touristischen Wert, auch weit über das Erzgebirge hinaus. Es ist bedauerlich, dass es jetzt solche Turbulenzen gibt, zumal die Wintersaison vor der Tür steht. Meiner Kenntnis nach gibt es Überlegungen im Landratsamt, das Objekt zu verkaufen – das darf nicht geschehen! Der Landkreis hatte das Objekt einst für einen symbolischen Preis vom Freistaat gekauft – das wäre auch die erste Adresse für eine etwaige Veräußerung. Sachsens höchster Punkt gehört nicht in private Hände.“



Ein besserer Weg, um dieses Tafelsilber für die Bevölkerung zu sichern, kann die Gründung einer Bewirtschaftungsgenossenschaft sein. Diese Idee sollte geprüft werden, mindestens gemeinsam mit der Stadt Kurort Oberwiesenthal. Die Genossenschaft müsste für weitere Beteiligte offenstehen. Die Landkreisverwaltung sollte ein Öffentlichkeitskonzept vorlegen, das insbesondere die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten darlegt.“

Barbara Drechsel

Nachbemerkung zur GMV vom 8. Oktober

So richtig wohl fühle ich mich nicht bei den Schlussfolgerungen aus dieser wichtigen Veranstaltung. Die Aussagen zur aktuellen Situation der Partei treffen meines Erachtens nicht die kritische Situation, in welcher wir uns befinden. Der Parteivorstand nimmt die Reaktionen der Mitglieder nicht zur Kenntnis. Dann wäre ein anderer Umgang mit Sarah Wagenknecht notwendig. Es besteht grundsätzlicher Handlungsbedarf zum Weiterbestehen unserer Gedanken und Ansätze. Mancher parteilose Bundesbürger ist da weiter. Mir fehlen Reaktionen und Schlussfolgerungen aus



dem Wahlergebnis in Niedersachsen durch den desvorstand. Oder hab ich da was verpasst und im Netz übersehen? Die Reden auf der GMV haben um aktuelle Probleme auch einen Bogen gemacht. Der Mittelstand und Gewerbetreibende benötigen ebenso Unterstützung wie Geringverdiener und Flüchtlinge. Wer soll uns in Zukunft wählen? Darüber könnte man mal nachdenken. Der Newsletter von Clara Bünger, zu bestellen unter der Adresse clara.buenger.wk@bundestag.de ist ein kleiner Baustein zur Information und zu aktuellen Vorgängen. Wolfram Dittmann



Meinem Nußknacker hat es die Krone gehoben! Im Schacht gereifter Stollen (!!!) entwickelt anderes besonderes Aroma. Und das im Plastikbeutel, wie im MDR am 26. Oktober zu sehen. Ich geh da lieber zu meinem Bäcker an der Ecke. Da stimmt alles.

Schaper und Hartmann: Andere handeln, Kretschmer spielt Opposition

„Kretschmer zeigt mit dem Finger seit Wochen nach Berlin, wo die CDU nach 16 Jahren seit kurzem nicht mehr mitregiert. Bei uns in Sachsen, wo die Union seit über 30 Jahren ununterbrochen schaltet und waltet und Kretschmer selbst in Verantwortung steht, ist von eigenen Maßnahmen im Zuge von Energiepreiskrise und Inflation nichts zu sehen, während zwölf Bundesländer bereits an eigenen Entlastungspaketen arbeiten. Stattdessen hält der Ministerpräsident weiter starr an der Solidaritätsbremse fest.“, sagt Landesvorsitzende Susanne Schaper.

„Regierungschefs spielen besonders gern dann Außenminister oder Opposition auf anderer Ebene, wenn sie von Problemen vor Ort ablenken wollen. Genau das tut Kretschmer. Dabei wäre es dringend geboten, auch mit eigenen Maßnahmen für Entlastungen bei den Menschen zu sorgen, vor allem bei jenen, die es besonders schwer haben. Statt auf die schwarze Null zu setzen, müssen wir in den Erhalt von sozialer Infrastruktur und Betrieben investieren. Der sonst folgende Schaden wäre deutlich größer als die jetzt nötige Investition in die Zukunft.“, ergänzt Landesvorsitzender Stefan Hartmann.

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag hatte bereits Anfang Oktober ein eigenes Sondervermögen gefordert, um Haushalten, Verbänden und Unternehmen zu helfen. Der Landtag wird im November über einen Antrag der Fraktion abstimmen, ein Sondervermögen von bis zu drei Milliarden Euro für Hilfsmaßnahmen zu errichten.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge
 Vi.S.d.P.: Wolfram Dittmann
 Spenden für DIE LINKE.Erzgebirge oder für die Zeitung "DIE LINKE im Erzgebirgskreis"
 (Spendenempfehlung 10 Euro Jahresbeitrag)
 Konto: DIE LINKE, Erzgebirge
 IBAN: DE 56 870 54 000 33 29 000 456
 Sitz des Kreisvorstandes:
 Kirchstraße 5 in 08280 Aue-Bad Schlema
 Tel: 03771 / 2 22 17
 Internet: www.dielinke-erzgebirge.de
 Meinungen und Post an uns unter redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de
 Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
 Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist der 24. November 2022

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

19. September 2022
6.2022

Woher kommt die Inflation?

Im August lagen die Verbraucherpreise fast 8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Das Ifo-Institut rechnet für Anfang 2023 mit einem weiteren Anstieg auf 11 Prozent. Langsamere Preissteigerungen werden erst 2024 wieder erwartet. Seit 50 Jahren war die Inflation in Deutschland nicht so hoch.

Hauptgrund für die schnelle Preissteigerung sind die hohen Energiepreise. Erdgas kostete schon Ende 2021 doppelt so viel wie 2020. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist der Gaspreis in ungekannte Höhen geklettert. An der europäischen Energiebörse oder auf kurzfristigen »Terminmärkten« oder »Spotmärkten« kostet Gas zehn- bis 15-mal so viel wie vor einem Jahr. Auch die Strompreise sind seit Mitte 2021 gestiegen und seit Beginn des Kriegs explodiert.

Grund für den Preisanstieg bei Erdgas war zunächst die steigende Nachfrage in Asien, nachdem in der Corona-Krise die Produktion gedrosselt worden war. Die weltweiten Förderkapazitäten waren nicht in gleichem Maße ausgeweitet worden. Russland lieferte weniger Gas aus und wollte damit die Rückkehr zu langfristigen Verträgen durchsetzen. Inzwischen ist der Gasimport aus Russland fast zum Erliegen gekommen, was den Preis weiter nach oben treibt. Als Ersatz für russisches Gas importiert die Bundesregierung verstärkt verflüssigtes Erdgas (LNG). Das ist am Markt nur begrenzt erhältlich. Die zusätzliche Nachfrage treibt so den Preis nach oben. Flüssiggas ist 20 Prozent teurer als durch Leitungen geliefertes Gas, denn die Verflüssigung, die Kühlung auf minus 160 Grad und der Schifftransport verursachen zusätzliche Kosten. Der Gaspreis wird absehbar höher liegen.

Der Marktpreis für Strom wird vom Gaspreis nach oben gedrückt. Das sieht die Marktordnung der EU seit der Liberalisierung des Strommarkts Ende der 90er Jahre vor: Der in der EU an der Strombörse gehandelte Strom wird zum Preis des teuersten benötigten Stroms verkauft. Das ist derzeit Strom aus Gaskraftwerken. Der Gaspreis schlägt so auf die Strompreise durch, obwohl nur

ca. 15 Prozent des deutschen Stroms aus Gaskraftwerken kommt. Die Hälfte des Stroms kommt aus erneuerbaren Quellen. Entsprechend haben die Energieunternehmen ihre Gewinne im ersten Quartal verdreifacht. Verstärkt wird das Problem durch den Ausfall französischer Atomkraftwerke, so dass zusätzlicher Strom aus Gaskraftwerken erforderlich ist.

Durch die hohen Energiepreise steigen die Kosten für alle Produkte, zu deren Herstellung oder Transport Energie bzw. Wärme nötig ist: Bäckereien, Brauereien oder Stahlwerke; Erdgas ist ein wichtiger Grundstoff in der chemischen Industrie und wird beispielsweise zur Düngherstellung verwendet. Über höhere Preise für Dünger werden wiederum landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel teurer.

Unternehmen rechnen mit der Inflation und erhöhen ihre Preise. Manche Unternehmen schlagen zusätzliche Gewinnmargen drauf. Die Gewinne der Mineralölkonzerne sind mit den Benzinpreisen durch die Decke gegangen: Die Mineralölkonzerne haben weltweit 430 Milliarden US-Dollar zusätzliche Gewinne im ersten Halbjahr 2022 (im Vergleich zu 2021) gemacht.

Die FDP warnt vor zu hohen Staatsausgaben und zu viel Entlastung für die Bevölkerung. Die würden durch zusätzliche Nachfrage die Inflation befeuern. Das Gegenteil ist wahr: Wegen der hohen Energierechnungen müssen viele Menschen bei ihren sonstigen Ausgaben sparen. Das Ifo-Institut warnt vor einer Rezession, weil die private Nachfrage einbricht. Für 2023 rechnen sie mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland um 0,3 Prozent. Menschen haben derzeit nicht zu viel Geld, sondern zu wenig.

Um die Inflation zu stoppen, müssen die Energiepreise sinken:

- Gas- und Strompreise für Verbraucher*innen deckeln. Frankreich, Spanien, Portugal, Norwegen, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Belgien machen es vor.

- Auf den Strompreis an den Börsen

muss ein Deckel. Kraftwerke mit Kosten über dem Höchstpreis, vor allem Gaskraftwerke, erhalten einen Ausgleich der Mehrkosten.

- Übergewinne der Energiekonzerne besteuern. Gibt es in Griechenland, Frankreich, Spanien, Italien und Ungarn schon. Mit einer angemessenen Quellensteuer könnten auch die in Deutschland erwirtschafteten Profite der Ölfirmen hier versteuert werden. Dann könnte die Übergewinnsteuer 100 Milliarden Euro einbringen.

- Die Energiepreise werden auch durch den Hochfrequenzhandel an den Börsen angetrieben. Höchste Zeit für eine europaweite Finanztransaktionssteuer!

- Energie in Bürger*innenhand! Wir wollen Strom- und Wärmenetze in die öffentliche Hand überführen, große Energiekonzerne vergesellschaften. Mit Stadtwerken und Windkraftanlagen in kommunaler Hand stärken wir das öffentliche Eigentum – und sichern bezahlbare Preise.

- Mieten bundesweit deckeln, um weitere Preissteigerungen zu verhindern.

- Alle Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen Inflationsgeld von monatlich 125 Euro plus 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied erhalten.

**Menschen entlasten.
Preise deckeln.
Übergewinne besteuern.**



Unterschreibe den Aufruf
www.die-linke.de/preldeckeln

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de
Tel. 030/24009999

DIE LINKE.

Aus: [Ausgabe vom 18.10.2022](#), Seite 1 / Titel
EXPLODIERTE PIPELINES

Das stinkt zum Himmel

Anschläge auf Nord Stream 1 und 2: Bundesregierung verweigert Parlamentariern und Öffentlichkeit jegliche Auskunft – »aus Gründen des Staatswohls«

Von Jörg Kronauer



IMAGO/TT

Hunderttausende Tonnen klimaschädlichen Methans sollen aus den zerstörten Pipelines von Nord Stream 1 und 2 ausgetreten sein (am 29. September vor Bornholm)

Still ruht die Ostsee: Die Bundesregierung verweigert jegliche Auskunft zu ihren Erkenntnissen über die Urheber der Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines. Zum einen sei es »nicht möglich«, an den Schauplätzen der Anschläge »Untersuchungen vor Ort anzustellen«, heißt es in einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Abgeordneten Sahra Wagenknecht (Die Linke). Andererseits dürften »weitere Auskünfte aus Gründen des Staatswohls nicht (...) erteilt werden«, nicht einmal in als geheim eingestuft Form. Wagenknecht hatte wissen wollen, was die Regierung bislang in Erfahrung gebracht habe und was sie über eine Präsenz von Schiffen aus Russland oder NATO-Staaten zum fraglichen Zeitpunkt an den Tatorten mitteilen könne. Informationen dazu blieben aus. »Wie soll der Bundestag so seiner parlamentarischen Kontrollfunktion nachkommen?« fragte Wagenknecht am Montag gegenüber jW. »Aber keine Antwort ist auch eine Antwort. Denn welche Erkenntnisse über die Urheberschaft der Anschläge könnten das deutsche ›Staatswohl‹ denn so existentiell betreffen, dass man sie unbedingt geheimhalten muss?« so Wagenknecht weiter.

Dass die Bundesregierung mauert, ist bemerkenswert – nicht nur, weil in der vergangenen Woche Bundespolizisten in Kooperation mit der Marine zu den Tatorten gefahren waren und dort etwa mit einer »Sea Cat«-Unterwasserdrohne Aufnahmen gemacht hatten. Anschließend hieß es, die Fotos zeigten, dass ein Pipelinestrang auf rund acht Metern Länge beschädigt worden sei. Von einer Sprengkraft von gut einer halben Tonne TNT war die Rede. Eigentlich wäre auch damit zu rechnen, dass etwaige Indizien gegen Russland, wenn es sie gibt, mit demonstrativem Stolz bekanntgegeben oder doch wenigstens an einschlägige Medienkanäle durchgestochen würden. Statt dessen teilt

die Bundesregierung mit, »die erbetenen Informationen« berührten »derart schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen«, dass »das Staatswohl« sogar »gegenüber dem parlamentarischen Informationsrecht überwiegt«. Wie Zaklin Nastic (Die Linke), Obfrau im Verteidigungsausschuss, am Montag gegenüber jW sagte, sei der Verweis auf die »Third Party Rule«, weil Schweden angeblich keine Erkenntnisse teile, »ein abwegiges Manöver, um die Rechte des Parlaments zu untergraben«. Sie gehe davon aus, »dass die Bundesregierung eigene Erkenntnisse hat, weil möglicherweise während der Anschläge ein Flottendienstboot der Bundeswehr mit Aufklärungskapazitäten in der Nähe war« und zudem am Anschlagort ermittelt wurde. Interessant sei der eigentliche Ablauf, »zwischen den Explosionen liegen immerhin 17 Stunden«.

Die zuständige Staatsanwaltschaft in Schweden hatte bereits am 6. Oktober erklärt, man nenne zu den Untersuchungen keine Details, weil der Fall »sehr heikel« sei. Wenige Tage später gab Stockholm bekannt, es werde keine gemeinsamen Ermittlungen mit Dänemark geben – auch dies, da die Angelegenheit einer außergewöhnlichen Geheimhaltungsstufe unterliege. Nach Angaben der Bundesregierung vom Montag werden auch die Deutschen nicht Teil einer Ermittlungsgruppe sein.

Kämpfen für Kubas Ernährungssicherheit

Hurrikan Ian verwüstete die Infrastruktur in unseren Agrarprojekten in der Provinz Pinar del Río. Damit ist die Ernährung in der Region akut gefährdet. Helfen Sie mit Ihrer Spende, die Schäden an den Produktionsanlagen zu reparieren und die Versorgung der Menschen zu sichern!

Helfen Sie beim Wiederaufbau im Projekt Pinar del Río!
www.cuba-si.org

Cuba si

Der geheimdienstliche Druck, der ganz offensichtlich auf den Regierungen in Stockholm, Berlin und Kopenhagen lastet, wirft Fragen auf – nicht nur die, wieso nicht einmal verpixelte Tatortfotos oder Angaben zu Sprengstoffspuren öffentlich gemacht werden. Zwar können Unterwasserdrohnen, mit denen der Sprengstoff möglicherweise an den Pipelines angebracht wurde, laut Aussage von Experten auch von unauffälligen zivilen Schiffen abgesetzt werden. Dennoch ist angesichts des Mauerns womöglich von Interesse, dass die NATO ihr diesjähriges »Baltops«-Manöver im Juni vor Bornholm abhielt – und dass die U. S. Navy unter anderem ihre modernsten Unterwasserdrohnen vorführte. Noch kurz vor den Anschlägen hatten sich US-Kriegsschiffe in der Ostsee aufgehalten, östlich von Bornholm.

So langsam werde »klar«, wer hinter den Anschlägen stecke, urteilte am Montag etwa Marco Rizzo, Generalsekretär des italienischen Partito Comunista: Würde man heute »Schlüsse ziehen«, dann sei »klar, dass der Westen die Sache gestartet hat«. In der Jungen Welt gefunden

- Die Linke bei der Niedersachsen-Wahl

Bitterer als erwartet

Trotz Umfragewerten nahe der Fünf-Prozent-Hürde erleidet Die Linke eine weitere Niederlage

- Von Jana Frielinghaus

- [11.10.2022](#)

- Lesedauer: 4 Min.



Die Erosion der Linkspartei scheint sich fortzusetzen, trotz der Notwendigkeit einer progressiven Alternative.

Foto: Imago/Ralph Peters

Wäre Göttingen Niedersachsen, dann wäre Die Linke drin im Landtag. In der Universitätsstadt erhielt sie 6,6 Prozent der Zweitstimmen. Es ist zugleich die einzige größere Stadt des nordwestlichen Bundeslandes, in der die Partei die Fünf-Prozent-Hürde genommen hat. Allerdings musste die Partei auch im Wahlkreis Göttingen-Stadt erhebliche Einbußen hinnehmen: 2017 hatte sie hier noch 9,9 Prozent bekommen. Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis von Direktkandidat Thomas Goes dennoch bemerkenswert, denn er konnte immerhin 7,3 Prozent der Erststimmen auf sich vereinigen. Ähnlich gute Erststimmenresultate erzielten nur Hans-Henning Adler im Wahlkreis Oldenburg Mitte/Süd und Viktor Linsel im Wahlkreis Elbe. Adler ist seit Langem in der Partei aktiv, saß für sie von 2008 bis 2013 im Landtag, also in der einzigen Legislaturperiode, in der sie es mit einem Ergebnis 7,1 Prozent ins Parlament von Hannover schaffte. Der 72-Jährige erhielt 8,4 Prozent der Erststimmen. Linsel konnte 6,9 Prozent der Erststimmen im östlichsten Wahlkreis auf sich vereinen, der den von der Anti-AKW-Bewegung geprägten Landkreis Lüchow-Dannenberg einschließt. Der 24-Jährige engagiert sich in der VVN-BdA und in der Klimabewegung.

Insgesamt sieht es aber düster aus für Die Linke, und das, obwohl Genossinnen und Genossen von der Basis wie auch Direktkandidaten wie Goes einen engagierten Wahlkampf mit Infoständen und direkten Besuchen bei potenziellen Wählern gemacht haben. In den Umfragen unmittelbar vor der Wahl am Sonntag hatte

sie noch bei rund vier Prozent gelegen. Damit hätte ein Ergebnis von fünf Prozent durchaus im Bereich des Wahrscheinlichen gelegen. Doch am Abend folgte die Ernüchterung: Nur 2,7 Prozent konnte die Partei auf sich vereinigen. Das ist ein Einbruch um fast zwei Prozentpunkte gegenüber der letzten Landtagswahl. Dramatisch sind die Verluste in den Großstädten, so in Hannover. In ihrer ehemaligen Hochburg Hannover-Linden kam die Partei zwar noch auf 7,3 Prozent der Zweitstimmen. Das entspricht aber gegenüber 2017 trotzdem nahezu einer Halbierung, denn damals kam sie in diesem Wahlkreis auf 13,7 Prozent der Zweitstimmen. Ersten Analysen zufolge büßte Die Linke nicht mehr nur bei ihrer Kernklientel ein, also bei Arbeitern, Angestellten, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen ein, sondern auch in akademischen Milieus.

Der Linke-Kovorsitzende Martin Schirdewan räumte am Montag ein, dass die Partei »tiefgreifende Probleme« hat. »Leider sind wir noch nicht an dem Punkt, an dem wir Einigkeit haben«, sagte er. Das Protestwählerpotenzial werde derzeit erfolgreich von der AfD abgegriffen, obwohl diese nur »Scheinlösungen« anbiete, bedauerte Schirdewan. Intern werde im Bundesvorstand jetzt darüber beraten, welche Schlüsse aus dem vierten Scheitern bei einer Landtagswahl allein in diesem Jahr gezogen werden müssten. Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende in Niedersachsen, machte als wesentliches Problem das Fehlen einer »Nichtwähler*innenstrategie« aus. Der Landesvorstand werde am Samstag über Ursachen des Debakels und Konsequenzen daraus beraten, kündigte sie an. Zudem werde dies Thema des Landesparteitags im November sein.

Thomas Goes sieht mehrere hausgemachte Ursachen für das schlechte Abschneiden seiner Partei. „Wir haben die Grabenkämpfe, die wir auf Bundesebene haben, auch im Landesverband«, sagte er am Montag gegenüber „nd«. Zudem sei es nicht gelungen, eine zwischen verschiedenen Strömungen ausgewogene Landesliste aufzustellen. Im Wahlkampf hätten die verschiedenen Lager aber gut zusammengearbeitet, betont der 42-Jährige. Das entscheidende Versäumnis ist seiner Ansicht nach, dass die Partei sich zu wenig mit der Landespolitik beschäftigt und dabei Themen besetzt habe. Auch sei es nicht gelungen, „Leute landespolitisch aufzubauen, die im gewerkschaftlichen Bereich oder in der Mietenbewegung« aktiv und vernetzt seien. Dabei gebe es solche Leute, die als Multiplikatoren hätten wirken können.

Zugleich habe der Zustand der Bundespartei den Wahlkampf geprägt, so Goes: „In Gesprächen sagte ein Fünftel, man wolle uns wegen der Positionen von Sahra Wagenknecht nicht wählen, ein Fünftel, weil wir Wagenknecht schlecht behandeln, und viele andere, weil wir zu sehr mit internem Streit beschäftigt sind.« Goes engagiert sich in der Bewegungslinien

und propagiert wie Ex-Parteichef Bernd Riexinger eine „verbindende Klassenpolitik«. Mit einer solchen, glaubt er, könne Die Linke auch in Niedersachsen aus ihrem Tief herauskommen: „Wir brauchen ein gemeinsames Projekt, und das muss Umverteilung nach unten ebenso umfassen wie linke Klimaschutzkonzepte.«